

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 2

Artikel: Bemerkungen zu den Wahlen in Frankreich
Autor: Sprecher, Jann v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158176>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dringend, jeden auf denjenigen Posten zu stellen, auf dem er die beste Arbeit leisten kann. Bei den nicht militärdienstpflichtigen Bürgern finden wir ganz bedeutende intellektuelle Kräfte, die es auszunützen gilt. Wir dürfen nicht einfach ohne Rücksicht auf Fähigkeiten zum Hilfsdienst einteilen und damit wertvolle Kräfte verloren gehen lassen. Selbst auf militärischen Bureaux, beim Nachrichtendienst, auf Posten, wo in erster Linie technische Aufgaben zu lösen sind, lassen sich sehr wohl geeignete Leute des Hilfsdienstes verwenden.

Es kann sich hier nicht darum handeln, näher auf Einzelheiten einzutreten. Woran es mir liegt, ist mit aller Deutlichkeit zu betonen, daß die Landesverteidigung nicht ein militärisches, sondern ein alles umfassendes Problem ist. Rein äußerlich ließe sich diese Erkenntnis dadurch unterstreichen, daß die Bezeichnung „Militärdepartement“ in „Departement der Landesverteidigung“ umgeändert würde. Allerdings, der Name tut wenig zur Sache und es wäre unrichtig, nur den Namen zu ändern und trotzdem die neuzeitlichen Probleme nicht zu sehen.

Man kann nicht jahrelang die Landesverteidigung nur als militärisches Problem sehen und eines schönen Tages den Krieg als totalen Verteidigungskampf führen wollen.

Und im besondern: Man kann nicht jahrelang so und so viele ethische, intellektuelle und materielle Wehrkräfte brach liegen lassen und plötzlich, wenn Gefahr eintritt, eine maximale Kraftentfaltung improvisieren.

(Schluß folgt.)

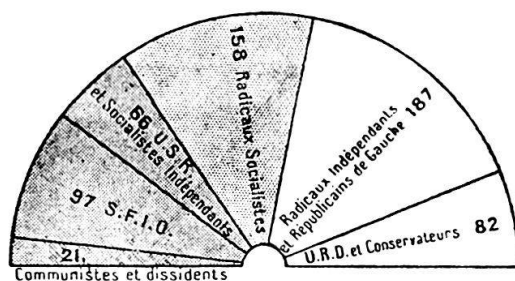
Bemerkungen zu den Wahlen in Frankreich.

Von Jann v. Sprecher.

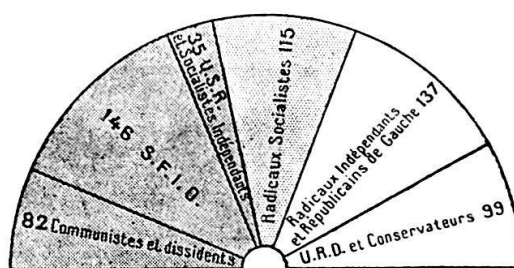
Es läßt sich heute nicht mehr bestreiten, daß die Wahlen in Frankreich einem Erdbeben nach links gleichkommen, den in diesem Ausmaße zu erleben niemand erwartet hat. Nun gibt es Leute, die der Ansicht Ausdruck geben, diese ausgesprochene Linksbewegung habe doch insofern ihr Gutes, als man jetzt wenigstens wisse, woran man sei — also die Ansicht, daß das Ergebnis der Wahlen gerade in seiner schlechten Qualifikation gewissermaßen eine gute Seite habe. Das scheint aber nun eine Auslegung zu sein, deren charakteristisches Merkmal keineswegs mit der angeblich gewonnenen Klarheit etwas zu tun hat, sondern ganz im Gegenteil in jenem Vogelkopf besteht, der gewohnt ist, sich in schwierigen Lagen im Sande aufzuhalten. Eine hiesige Zeitung bemerkte ganz mit Recht, eine

solche Ansicht sei ungefähr mit der Auffassung in Parallele zu setzen, aus der heraus wohlmeinende Freunde einem in Konkurs geratenen Unternehmer gewissermaßen als Trost die Bemerkung überreichen, das habe doch auch seine gute Seite, nun wisse er wenigstens, woran er sei.

Um die Bedeutung des Ergebnisses und seine Entstehung im einzelnen dem Leser anschaulich zu machen, legen wir ihm eine Wahlkarte von Frankreich vor, aus der die Verteilung der Parteien und insbesondere ihre Hauptstützpunkte deutlich hervorgehen. Außerdem ersieht der Leser aus den weiteren Bildern die Veränderungen, die sich gegenüber den Wahlen von 1932 ergeben haben. Wir haben Karte und Bilder der Pariser „Illustration“ vom 9. Mai 1936 entnommen. Die Karte erscheint uns außerordentlich instruktiv. Es geht daraus hervor, daß die marxistische Linke ihre Hauptstützpunkte in den nörd-



Répartition des partis après les élections de 1932.



Répartition des partis après les élections de 1936.

lichen Kohlengebieten bzw. im Bereiche der nördlichen Textilindustrie hat, weiter naturgemäß in der Pariser Gegend, wobei es auffällt, wie weit um die Stadt herum, insbesondere nach Osten, der marxistische Druck reicht. Bemerkenswert ist übrigens die konservative Insel in Paris selbst und in der Gegend von Fontainebleau. Ein weiterer, beinahe geschlossener marxistischer Block besteht genau in der Mitte des Landes, in der Gegend zwischen der Loire und Clermont-Ferrand und westlich davon, während, abgesehen von weniger kompakten marxistischen Mehrheiten im Gebiet der Garonne, ein weiterer Block im Midi und bis nach Marseille und Toulon erkennbar ist. Es ist demnach dem Marxismus gelungen, in kompakten Massen ganze Gegenden zu erobern, die beinahe mehr als die Hälfte des Landes ausmachen. Im weiteren ist dazu noch zu bemerken, daß die Mehrheit voraussichtlich auch ohne die Mithilfe der Radikalen allein dem marxistischen Flügel zugefallen wäre, sofern eine gerechtere Abgrenzung der Wahlbezirke der Größe nach bestehen würde. Bei den heutigen Verhältnissen sind die Unterschiede der erforderlichen Wahlzahlen außerordentlich groß, sodaß es vorkommen kann, daß in einem Bezirk ein Kandidat 100,000 Stimmen auf sich vereinigen muß, um gewählt zu werden, im andern vielleicht nur 1000. Beide aber sitzen dann als gleichberechtigte Deputierte in der Kammer! Diese kleinen Bezirke finden sich insbesondere im Süden, und deshalb hat sich dort das gemäßigte Element einigermaßen gehalten.

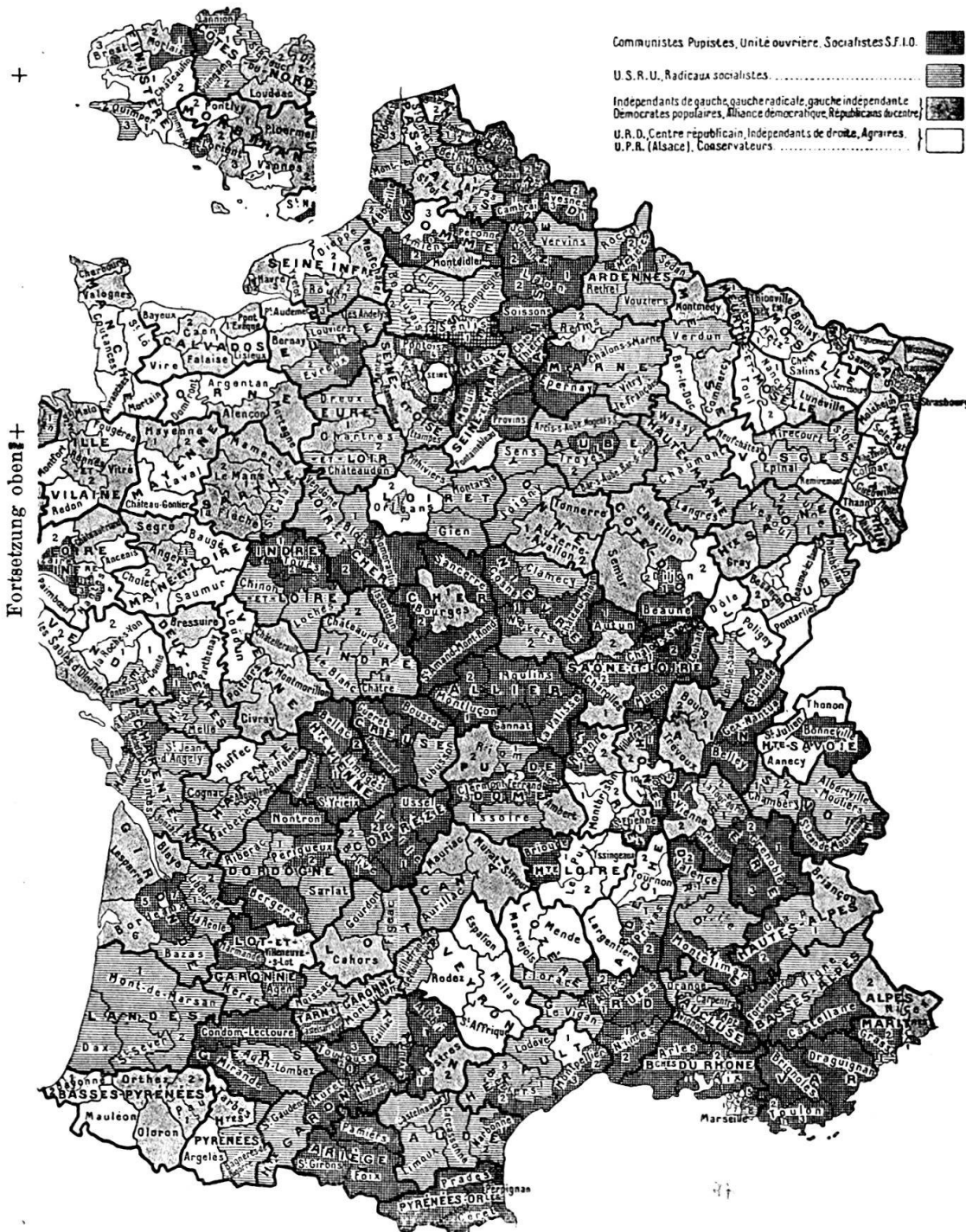
Natürlich entbehrt das so gewonnene Bild nicht einer gewissen Einseitigkeit, da ja ein reines Majorzverfahren gilt, sodaß, wie in England, die Stimmen der Minderheit wegfallen. Es scheint aber, daß sich das bezirksweise gewonnene Resultat mit den Gesamtstimmen der einzelnen Parteien im ganzen Lande ungefähr deckt, nur wäre naturgemäß beim Proportzverfahren die Wahlkarte erheblich anders ausgefallen.

Ein gewisser Lichtblick besteht insoweit, als z. B. die Sozialisten aus dem Elsaß verschwunden sind, während allerdings die Stadt Straßburg einen kommunistischen Deputierten aufweist. Die Stimmen der Radikalen sind gegenüber den marxistischen Blöcken eher zersplittert und treten, nicht nur in der Schraffur, hinter diesen stark zurück. Andererseits haben die Gemäßigten und die Rechtsparteien in kleinen Gebieten zum Teil, im Verhältnis zu ihrer Stärke, geschlossene Mehrheiten.

Das Wichtigste aber ist aus der Karte nur in beschränktem Maße erkennbar, wird aber dafür deutlich aus den zwei kleinen Bildern, welche die Veränderung der Verhältnisse gegenüber der Kammer von 1932 deutlich machen. Wir meinen die ganz erhebliche Verstärkung der Kommunisten innerhalb des Marxismus einerseits und die Verstärkung des marxistischen Flügels innerhalb der gesamten Mehrheit andererseits. Hier liegt wohl das Bedeutsame dieser Wahl, nachdem ja eine Linksmehrheit, wenn auch von geringerer Größe, bereits in der alten Kammer bestanden hat. Während nämlich die Gesamtabgeordnetenzahl der Linksmehrheit in der alten Kammer 341 betrug, zusammengesetzt aus 183 Marxisten und 158 Radikalen, besteht heute eine etwas erweiterte Gesamtabgeordnetenzahl der Linksmehrheit von 378, zusammengesetzt aus 263 Marxisten und 115 Radikalen. Während also die Radikalen von 158 auf 115 Stimmen zurückgingen, verstärkten sich die Marxisten von 183 auf 263 Stimmen, darunter die Kommunisten allein auf das Vierfache ihres früheren Bestandes, nämlich von 21 auf 82, die klassischen Sozialisten der 2. Internationale von 97 auf 146, während die etwas weiter rechts stehenden republikanischen und unabhängigen Sozialisten bezeichnenderweise nicht unwesentlich zurückgingen. Es ergibt sich also nicht nur im Gesamten ein Zug nach links, sondern insbesondere auch innerhalb der Linksmehrheit, was auf die zukünftige Regierungspolitik in ganz erheblichem Maße sich auswirken muß.

Am bedeutsamsten ist nun hier zweifellos der sehr große Erfolg der Kommunisten und es muß nun doch einigermaßen seltsam berühren, daß es den Kommunisten in einem Lande, wo der Sparer und Kleinbürger bis weit in die Reihen des Marxismus dominiert, gelingen konnte, eine so große Stimmenzahl zu erreichen. Die Erklärung dafür ist leider nicht weit zu suchen: in erster Linie ist es die noch unter Laval im Jahre 1935 — wenn auch widerwillig — eingeleitete und nach seinem Sturz äußerst verstärkte Orientierung der Außenpolitik nach Sowjetrußland, welche die Kommunisten salonfähig machen mußte. Außerdem waren die

Kommunisten geschieht genug, sich auch gewissermaßen in ihrem Äußern der Kleinbürgerlichen Mentalität anzupassen: Sie zogen die rote Mütze aus und ersetzten sie durch einen bescheidenen schwarzen Hut, ließen die Fahne der



Weltrevolution zu Hause und gaben sich ganz dem Genuß hin, selbst den Kleinbürger zu spielen und sich im übrigen als die aufrichtigsten Wohltäter dieser Bevölkerungsmehrheit aufzuspielen. So sprachen sie andauernd von

nichts anderem als vom Frieden, bis man es ihnen zuletzt sogar glaubte, wie das Ergebnis der Wahlen zeigt. Endlich ist es natürlich nicht schwer, in einem Lande, das bisher eine relative, bestimmt aber für viele Bevölkerungskreise sehr spürbare Deflationspolitik betrieben hat, durch das Versprechen goldener Kirichen Erfolg zu erzielen, wobei wir uns aber die Bemerkung nicht versagen können, daß die schweizerische Bevölkerung in einem ähnlichen Fall, nämlich am 2. Juni 1935, eine würdigere Haltung und bessere demokratische Disziplin gezeigt hat.

Im Grund aber können sich die zurückgedrängten Rechtsparteien, insbesondere aber die Radikalen, bei Herrn Herriot bedanken, daß das Resultat so ausgefallen ist. Von ihm ist recht eigentlich die sowjetrussische Orientierung ausgegangen, aus der Überzeugung heraus, daß eine Verständigung mit Deutschland nicht möglich sei. Daß diese Orientierung auf die Wahlen hin durch den deutschen Schritt vom 7. März 1936 verstärkt werden mußte, ist nicht ganz unbegreiflich, und so sind in Frankreich Wahlen zustande gekommen, welche deutlich den Stempel der Sympathie für das sowjetrussische Reich tragen. Man wird aber in diesem Zusammenhang darauf hinweisen dürfen, daß sich in dieser Beziehung vielleicht interessante Entwicklungen anbahnen könnten. Verschiedene prominente Mitglieder der künftigen Regierungsmehrheit sind Anhänger der Verständigung mit Deutschland, so der radikale Parteipräsident Daladier, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß im Laufe der kommenden vier Jahre dieselbe Mehrheit, die ihre Existenz der Strömung nach Moskau hin verdankt, durch die Entwicklung und ihre eigene opportunistische Erkenntnis veranlaßt wird, Moskau fahren zu lassen und dafür mit Berlin Frieden zu schließen. Es gibt hier natürlich nicht das „Sowohl=als auch“, sondern nur die Alternative Berlin oder Moskau. Doch liegen, heute noch, solche Perspektiven in weiter Ferne, wenn sie anderseits auch durch den Sieg der Linksmehrheit an Gestaltungskraft eher gewonnen haben. Darin liegt vielleicht der einzige Lichtblick im Dunkel des Wahlergebnisses.

Sonst aber kann der demokratisch und konservativ empfindende Mitteleuropäer nur mit Schrecken feststellen, daß die Flut der roten Ideen nun auch über die spanisch-französische Grenze gerollt ist und ihre vordersten Zungen bereits am Damm unserer demokratischen Grenze zu lecken beginnen. Darin liegt das Unbefriedigende, ja Gefährliche dieses Ergebnisses. Mehr und mehr laufen wir so Gefahr, zwischen den Diktatorsystemen und der roten Flut eingeschlossen zu werden, und wir müssen sagen, daß uns beide gleich wenig sympathisch sind. Über die zukünftige innere Politik der französischen Linksmehrheit weiß man heute noch nicht besonders viel; gewiß ist nur das eine, daß mit der Deflationspolitik voraussichtlich ziemlich radikal Schluß gemacht wird, daß große Arbeitsbeschäftigungsprogramme erscheinen werden und die herabgesetzten Gehälter und Pensionen die versprochene Wiedererhöhung erfahren. Das alles liegt genau auf der entgegengesetzten Linie der Politik, die in der Schweiz im Inter-

esse der Erhaltung von Währung und Wirtschaft zwar mit Vorsicht und Maß, aber doch konsequent, betrieben wird. Die Gefahr besteht, daß die kommende französische Politik auch unseren roten und rosaroten Parteien und Bewegungen wieder den Auftrieb geben wird, den sie am 27. Oktober 1935 so sehr schmerzlich vermissen mußten und das ist doppelt gefährlich in einem Zeitpunkt, wo bereits die zweite Kriseninitiative im Wurf ist. Es besteht so die sehr naheliegende Möglichkeit, daß unter dem Einfluß der französischen Politik die Vernunftgrundsätze unserer Wirtschaft, die in den Worten Abbau und Anpassung niedergelegt sind, in den Augen der Mehrheit an Gewicht verlieren und abgewertet werden, ganz abgesehen von der Abwertung der Währung, gegen die heute wohl niemand mehr eine hohe Wette eingehen wollte.

Sehr unklar ist heute noch die *Außenpolitik* der kommenden Regierung. In seinen verschiedenen Reden zu diesem Thema hat sich Léon Blum noch wenig deutlich ausgesprochen und vor allem ist das *Verhältnis zu Italien* überhaupt nicht berührt worden — begreiflich, denn man will doch zuerst seine Mehrheit, die in diesem Punkte keineswegs einig zu sein scheint, fest zusammen haben. Man wird also hier bis Anfang Juni warten müssen, und vielleicht ergeben sich dann ganz neue Perspektiven, die wir oben angedeutet haben. Es ist auch bezeichnend, daß der Erfolg der Linksmehrheit in Deutschland mit der selbstverständlich einheitlichen, weil befohlenen, Befriedigung aufgenommen wurde. Indessen sind irgendwelche Prognosen in dieser oder in einer anderen Richtung der Außenpolitik der kommenden französischen Regierung völlig verfrüht und unmöglich. Auch die kommende Politik gegenüber England liegt noch völlig im Dunkel; über sie wird die Entscheidung erst fallen können, wenn die Einstellung gegenüber Italien festgelegt sein wird.

Sympathisch berührte dagegen die Art, wie Léon Blum sich zwar nicht über Einzelheiten in der Orientierung, dafür aber über die *Grundsätze seiner Außenpolitik* äußerte. An sich wäre es naheliegend, daß eine Regierung, die unter der Parole des Antifaschismus gewählt wurde, diese Parole auch in der Außenpolitik irgendwie, wenigstens andeutungsweise, betätigen könnte. Aber ganz abgesehen von der Problematik der französisch-italienischen Beziehungen, die eine Übertragung von Grundsätzen der Innenpolitik auf die äußere wenig ratsam erscheinen lassen, ist Blum offenbar viel zu viel Realpolitiker, als daß er grundsätzlich eine andere Haltung als die völliger *Ausscheidung innerpolitischer Magmen* einnehmen könnte.

Er ist eben ein kühl rechnender Politiker und kein wildgewordener Journalist, trotz seiner literatenhaften Vergangenheit, und wer sich veranlaßt sieht, ab und zu mit Bedauern die unsinnige Heßpolitik unserer Linkspresse und der sozialdemokratischen Partei gegen den Faschismus mit deutlicher außenpolitischer Tendenz festzustellen, der muß in den Worten, die Léon Blum im amerikanischen Club über die Grundsätze seiner Außenpolitik ge-

prochen hat, ein gutes Omen für die Zukunft Europas, ja vielleicht einen Lichtblick im jetzigen Dunkel erkennen:

„Nous voulons vivre en paix avec toutes les nations du monde, quels que puissent être leur politique intérieure ou leur régime intérieur. Nous voulons, avec toutes les nations du monde, éliminer les causes d'un conflit d'où pourrait sortir une guerre. Nous voulons avec tous, quels qu'ils soient, travailler à organiser et à consolider la paix. On nous a beaucoup accusés de pousser la France, par haine de secte, à des difficultés et à des positions d'où la guerre pourrait sortir.

L'expérience que nous allons tenter ne peut se poursuivre et ne peut réussir que dans la paix tout court. Nous n'attachons, quant à nous, aucune vertu à la guerre. Il ne faut pas supposer un instant, car ce serait une hypothèse absurde, que nous puissions penser à pousser le pays dans des positions belliqueuses par esprit de haine, de représailles, pour venger les camarades persécutés ou dans l'esprit de détruire tel ou tel régime.

Nous voulons la paix avec tous: nous voulons travailler à la paix avec toutes les nations de bonne volonté. Nous excluerons entièrement l'idée de la guerre de propagande, l'idée de la guerre de représailles.“

Treffendere Sätze könnte man dem „Volksrecht“ wahrlich nicht ins Stammbuch schreiben!

Das Schicksal deutschen Geistes¹⁾.

Von Hans v. Berlepsch-Valendas.

Grote Revolutionen pflegen Korrekturen von Formen zu sein, welche die Wirklichkeit überholt hat. Daß sie zugleich wieder Formen schaffen, die nun der Wirklichkeit vorausseilen, ist allzu verständlich. Das Liquidieren allein würde ein Gefühl der Leere erzeugen, die nun legalisierte Wirklichkeit braucht Idee und Pathos; denn erst sie rechtfertigen die neue Gegenwart und ihren Herrschaftsanspruch in der Zukunft, und verscheuchen die Gespenster des Gewesenen.

Umso erstaunlicher wirkt es, daß die nationalsozialistische Revolution zwar nicht auf das Pathos, aber auf eine Idee im Sinn eines leitenden und universalen geistigen Prinzips scheinbar verzichtet; denn ihre Rechtfertigung aus Blut und Boden und dem Dasein des deutschen Volkes gehört ganz und gar dem natürlichen Bereich an. Ganz ohne Verhüllung erscheint zwar auch dieser nicht; es hat seinen Mythos, seine Zukunftsver-

¹⁾ Zu dem Buch von Hellmuth Pleßner, *Das Schicksal deutschen Geistes im Ausgang seiner bürgerlichen Epoche*, Zürich und Leipzig 1935, Max Niehans Verlag.